

Beschluss des Landesausschusses der SJD – Die Falken vom 12.10.2019 in Heidelberg

Solidarität mit Rojava – gegen den türkischen Angriffskrieg!

Keine zwei Jahre ist der völkerrechtswidrige Angriff der Türkei auf Afrin her. Die Folgen waren tausende Tote, Zehntausende mussten fliehen und ungezählte Kriegsverbrechen wurden verübt. Auch sind Videoaufnahmen von Exekutionen kurdischer Gefangener durch türkische Truppen an die Öffentlichkeit gelangt. Afrin, eine Region in Syrien, wird bis heute von den türkischen Truppen besetzt gehalten. Konsequenzen für dieses völkerrechtswidrige Verhalten wurden bis heute keine gezogen.

In diesem Moment marschiert das türkische Militär mit ihrem Verbündeten, der dschihadistischen „Freien Syrischen Armee“, im kurdisch selbstverwalteten Rojava in Nordsyrien ein. Damit macht Präsident Erdogan wahr, womit er seit Monaten gedroht hatte: Einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Kurden zu führen! Nun wird mit der provokativ als „Quelle des Friedens“ genannten Militäroperation die Pufferzone angestrebt, von der Erdogan seit Monaten spricht. Er will die Grenzen der Türkei verlagern, die Kurden aus ihrer Region vertreiben und in die Region islamistisch dominierte Anhänger ansiedeln. Während die türkische Regierung kein Geheimnis daraus macht, dass ihr die kurdische Selbstverwaltung ein Dorn im Auge ist, verfolgen die imperialistischen Kräfte ganz eigene Interessen. So beliefert das deutsche Regime nach wie vor Regierungen, wie die türkische, mit Waffen, die allein im Jahr 2019 einen Wert von 180 Millionen Euro betragen, mit denen sie dann gegen fortschrittliche Kräfte sowohl im Inland, als auch im Ausland vorgehen kann! Gleichzeitig werden immer wieder Aktivistinnen und Aktivisten, die sich solidarisch mit den Menschen Rojava zeigen, kriminalisiert. Wir, Schülerinnen und Schüler, Arbeiterinnen und Arbeiter, Azubis und Studierende, haben nie den Krieg als Interesse. Nur die herrschenden Kräfte und Konzerne profitieren von dem Leid und der Zerstörung. Sie marschieren in Länder ein, als würde es nicht um Menschenleben gehen, sondern als würden sie eine Runde Schach spielen. Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Rojava.

Wir nehmen die Bundesregierung als Unterstützer der Türkei genauso in Verantwortung, wie den Aggressor Türkei! Aus dieser Analyse ergeben sich für uns folgende Forderungen an die Bundesregierung:

1. Sofortiger Stopp von Waffenlieferungen der BRD an die Türkei
2. Schluss mit der Kriminalisierung von kurdischen Aktivist*innen. Aufhebung des Verbots der kurdischen Arbeiterpartei PKK.
3. Einfrieren aller finanziellen Hilfen an die Türkei, solange die Besatzung von Rojava und Afrin anhalten.
4. Beendigung des sogenannten „Flüchtlings-Deals“, sichere Fluchtrouten und gemeinsame Verteilung der Geflüchteten

5. Unterstützung der YPG und der YPJ in Anbetracht der Leistungen im Kampf gegen den IS

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich zu diesem Anliegen mit einem Antrag in den Landesjugendring und den SPD-Landesparteitag einzubringen.